

PROTOKOLL

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration
am Dienstag, den 20.11.2018,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: SJFSul/008/2018
Öffentliche Sitzung: 19:02 Uhr bis 21:47 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Heiko Christian Grube

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling
Thomas Schulke
Malte Stakowski
Herla Wendelin-Feindt

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann
Wilhelm Hunting
Karin Kattner-Tschorn

Vertreter für Frau Dettmann
Vertreter für Herrn Otto

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer
Reinhardt Wüstehube

Vertreter für Herrn Linnemann-Grundmann

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

Vertreter für Frau Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Timo Käthner
Conrad Tönsing

Gäste

Gast/Gäste

zu TOP 6 Frau Verena Niemeyer
Diakonisches Werk

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
StAR Klaus-Peter Kugler
StOAR Karl-Wilhelm Möller
Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller
Stadtjugendpflegerin Tanja Werges

ProtokollführerIn

Michael Hölscher

Zuhörer

Presse
Zuhörer

Meller Kreisblatt Herr Hengehold
9 Personen

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Jutta Dettmann
Mathias Otto

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

Mitglied UWG-Fraktion

Ursula Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Ingrid Holze
Laura Schäfer
Katja Schulte

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis Osnabrück auf Zuwendung für niedrigschwellige, aufsuchende Beratung in der städtischen Notunterkunft Neuenkirchener Str. 44
Vorlage: 2018/0320
- TOP 7 Konzept der Jugendarbeit
Vorlage: 2018/0300
- TOP 8 Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. zur Förderung der pädagogischen Arbeit am Jugendwagon Buer für die Jahre 2020 - 2024
Vorlage: 2018/0191
- TOP 9 Schüler in die Kommunalpolitik
Vorlage: 2018/0310
- TOP 10 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen
Vorlage: 2018/0316
- TOP 11 Beratung des Haushaltsplanes 2019/2020
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Presse, sowie die Zuhörer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass er die Sitzungsleitung zu TOP 6 an Frau Kattner-Tschorn abgeben werde, da er sich bei diesem Beratungsgegenstand im Mitwirkungsverbot befinde.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Frau Ursula Thöle-Ehlhard in Funktion als Vereinsvorsitzende des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. fragt, warum zu dem Beschlussvorschlag zum TOP 7 seitens der CDU / FDP – Gruppe ein Änderungsantrag gestellt worden sei, der das Ziel verfolge, die Übergangsfrist für die Umstellung von dezentraler auf zentraler Jugendarbeit auf zwei bis drei Jahre zu verkürzen. Vorangegangene Gespräche haben immer wieder die Notwendigkeit der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Übergangsfrist deutlich gemacht. Sie fühle sich daher im Moment in ihrer Kompetenz und Beurteilungsfähigkeit angegriffen.

Vorsitzender verweist hier auf den TOP 7. Dort werde der Änderungsantrag eingehend erläutert.

Frau Heide Schrader als 2. Vorsitzende des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. unterstreicht die vorhergehenden Ausführungen von Frau Thöle-Ehlhard und fragt sich, ob die CDU / FDP – Gruppe durch ihren Antrag dem Ehrenamt den Todesstoß versetzen wolle.

Auch hier verweist der Vorsitzende auf TOP 7

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Sitzung vom 13.09.2018 wird ohne Änderungswünsche einstimmig bei 6 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Vorsitzender bittet die Verwaltung um ihren Bericht.

Herr Kugler berichtet aus folgenden Bereichen:

Asyl

Der aktuelle Stand im Bereich „Asyl“:
111 Personen sind im Leistungsbezug
Hiervon sind 79 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.
Es erfolgten 93 Zuweisungen in 2018

Die Restaufnahmekquote beträgt zur Zeit 11 Personen. Die Quote wurde heute durch eine Mitteilung des Landkreises auf zusätzliche 91 Personen erhöht.

Unterhaltungsvorschuss

Durch die zusätzliche Stelle im Bereich UVG hat sich der durch die Gesetzesänderung entstandene Arbeitsanfall normalisiert.

Waren es 2015 215 laufende Fälle, so waren es Anfang 2018 414 Fälle und aktuell 435 Fälle.

Grundsicherung

Zum Stichtag 20.11.2018 ist bei der Grundsicherung für Erwerbsgeminderte mit 183 Personen und bei der Grundsicherung im Alter mit 152 Personen ungefähr das Vorjahresniveau.

Hilfe zum Lebensunterhalt

Liegt ebenfalls auf Vorjahresniveau.

Wohngeld

Bis zum Stichtag 20.11.2018 lagen 256 Wohngeldanträge und 30 Anträge auf Lastenzuschuss vor. Damit liegt das Antragsvolumen auf dem Vorjahresniveau.

Elterngeld

Seit dem Jahr 2015 steigen die Geburtenzahlen. Dieser Bundestrend ist auch in Melle spürbar. Das Elterngeld kann in den Varianten Basiselterngeld, Elterngeldplus und Partnerschaftsbonus beantragt werden, die miteinander kombiniert werden können. Die Anzahl der Anträge aus dem Jahre 2017 mit 614 wird dieses Jahr wieder übertroffen.

Im Kalenderjahr 2017 sind insgesamt rund 8.700.000,00 € für Sozialleistung im Bereich des Sozialamtes der Stadt Melle ausgegeben worden.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatung werden die Beträge detaillierter dargelegt.

Herr Dreier berichtet aus dem Familienbüro wie folgt:

Das Ehrenamtsbüro, Frau Katja Rauer, lädt am 05.12.2018 um 18:00 Uhr Ehrenamtliche zu einer Infoveranstaltung ein: Thema ist die neue Datenschutzgrundverordnung – Datenschutz in Vereinen und Verbänden. Zudem wird sich Frau Rauer dort als neue Ehrenamtskoordinatorin der Stadt Melle vorstellen. Es ist die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch im Rahmen eines kleinen Imbisses vorgesehen. Mit dieser Veranstaltung möchte die Stadt Melle die Arbeit der Ehrenamtlichen wertschätzen.

Außerdem wurde gestern ein Ausbildungskurs für Seniorenbegleiter/innen in Kooperation mit dem Landkreis Osnabrück abgeschlossen. 12 Teilnehmer/innen aus Melle und 2 Teilnehmerinnen von außerhalb haben im Rahmen einer kleinen Feierstunde gestern ihre Zertifikate erhalten und werden nun in Zusammenarbeit mit Frau Rauer in Einsätze vermittelt, sowie weitergehend durch sie begleitet.

Die Seniorenbegleiter/innen besuchen auf ehrenamtlicher Basis Senioren/innen oder Hilfebedürftige und begleiten sie z.B. bei Spaziergängen, beim Einkaufen oder bei Arztbesuchen. Sie lesen Ihnen vor oder machen mit ihnen gemeinsam Freizeitaktivitäten

Herr Stakowski bittet erneut darum, dass sich Frau Rauer als die Ehrenamtskoordinatorin diesem Ausschuss vorstellen möge. Außerdem stellt er fest, dass die hohe Zahl der zentral untergebrachten Flüchtlinge nicht sonderlich förderlich für deren Intergration sei.

Anmerkung der Verwaltung: Frau Rauer hat sich in der Sitzung am 13.09.2018 diesem Ausschuss vorgestellt. Herr Stakowski war in dieser Sitzung nicht anwesend.

Herr Kugler erklärt, dass die Gemeinschaftsunterkünfte von der Planung her nur als Drehscheibe für die zugewiesenen Flüchtlinge gedacht sind. Vornehmliches Ziel sei es, die Flüchtlinge möglichst 6 Monate nach der Zuweisung in eine Wohnung zu vermitteln. Dies ist aufgrund des derzeitigen Wohnungsmangels jedoch schwierig, obwohl bekannt ist, dass einige Wohnungen häufig in Zweifamilienhäusern leer stehen. Er regt an, dass die Ausschussmitglieder bei bekannten Leerständen Werbung für die Vermietung an Flüchtlinge betreiben.

Herr Hunting verliest einen Antrag auf Anschaffung einer mobilen behindertengerechten Toilette der SoVD OV Buer, welcher am 06.09.2018 bei der Stadt Melle eingereicht worden ist und erkundigt sich, warum der Antrag auf der heutigen Tagesordnung zur Beratung in diesem Ausschuss nicht aufgenommen sei.

Herr Dreier nimmt den Antrag entgegen und teilt mit, dass ihm von diesem Antrag bisher nichts bekannt sei. Die Verwaltung werde sich mit dem Antrag befassen.

Frau Wendelin-Feind erkundigt sich nach den Einzelfallbelegungszahlen von Neuenkirchen / Riemsloh und Wellingholzhausen.

**TOP 6 Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis
Osnabrück auf Zuwendung für niedrighschwellige,
aufsuchende Beratung in der städtischen Notunterkunft
Neuenkirchener Str. 44
Vorlage: 2018/0320**

Vorsitzender gibt die Sitzungsleitung an Frau Kattner-Tschorn als stellvertretende Vorsitzende ab und verlässt den Sitzungsbereich. Frau Kattner-Tschorn übernimmt die Sitzungsleitung und gibt das Wort an Frau Niemeyer.

Frau Niemeyer vom Diakonischen Werk erläutert eingehend den vorliegenden Antrag und berichtet dabei ausführlich über die Situation der Bewohner und den Zustand der städtischen Notunterkunft in der Neuenkirchener Str. 44. Diese sei mit 10 Einzelzimmer nahezu durchgängig voll belegt und in einem schlechten baulichen Zustand. Die ausschließlich männlichen Bewohner haben durch ihre vielschichtigen Probleme eine sehr große Hemmschwelle überhaupt Vertrauen zu irgend jemanden aufzubauen und es erfordere viel Zeit und Geduld, damit Hilfe von Außen angenommen werde. Es sei jedoch schon gelungen zu 4 Personen regelmäßigen und zu 3 Personen sporadischen Kontakt aufzubauen. Zu 3 weiteren Personen bestehe leider kein Kontakt. Die angebotene Hilfe kann sehr vielschichtig sein, wie z.B. Hilfe beim Lesen und Beantworten von Post, Vermittlung in die Drogenberatung und vieles mehr. Vor 10 Jahren gab es ein ähnliches Projekt über den Kirchenkreis initiiert, welches damals ein voller Erfolg war.

Frau Kattner-Tschorn dankt für die Ausführungen und erkundigt sich nach der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Bewohner, welche Frau Niemeyer mit 4 bis 6 Jahren angibt. Besteht die Möglichkeit des Umzuges in eine andere Wohnung, können Hilfen vermittelt werden, die vom Landkreis Osnabrück getragen würden.

Herr Boßmann fragt nach der Altersspanne der Bewohner, welche mit 19 bis 73 Jahren angegeben wurde. Er lobt den regelmäßigen Kontakt zu den 4 Bewohnern und erklärt seine höchste Anerkennung für die Bemühungen der Sozialarbeiter. Für die SPD – Fraktion befürwortet er den Antrag und wünscht bei dieser Aufgabe viel Erfolg. Er erwähnt die Aktion der Wohnungslosenhilfe neulich auf dem Wochenmarkt mit den ausführlichen Informationen als bemerkenswert.

Herr Stakowski findet den Antrag sehr gut. Er ist sich sicher, dass dieses Angebot dazu führt, den Bewohnern des Hauses wieder Stück weit Würde zu geben. Dabei unterstreicht er die Wichtigkeit von bezahlbarem Wohnraum.

Frau Buermeyer findet es wichtig, dass für dieses Projekt einen langfristiger Partner wie die Diakonie gefunden wurde. Außerdem kann damit ein Stück weit die Wahrung der Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes umgesetzt werden.

Herr Hunting spricht den nach seiner Meinung schlechten baulichen Zustand des Gebäudes an und sieht dort Handlungsbedarf. Dieses Thema sollte angepackt werden.

Frau Kattner-Tschorn stellt die Vorlage 2018/0320 zur Abstimmung. Vorsitzender nimmt als Befangener nicht an der Abstimmung teil. Die Vorlage wird einstimmig angenommen und sie gibt die Sitzungsleitung an den Vorsitzenden ab.

Beschlussvorschlag

Dem Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis Osnabrück auf Zuwendung für niedrigschwellige, aufsuchende Beratung in der städtischen Notunterkunft Neuenkirchener Str. 44, 49324 Melle, in Höhe von 4.146,24 € wird zugestimmt.

TOP 7 Konzept der Jugendarbeit Vorlage: 2018/0300

Herr Spiekermann merkt erneut an, dass sich Frau Wendelin-Feindt im Mitwirkungsverbot befinden könnte.

Frau Wendelin-Feindt erklärt darauf, dass sie die Vereinsmitgliedschaft des Vereins Jugend Power Welling e.V. beendet habe und sich daher nicht im Mitwirkungsverbot sehe.

Herr Dreier berichtet, dass das vorliegende Konzept der Jugendarbeit ja bereits in der letzten Ausschusssitzung vorgestellt und erörtert wurde und vom Grundsatz her Einigkeit zur Umsetzung dieses Konzeptes zu erkennen war. Letztendlich wurde der "richtige" Zeitpunkt der Umsetzung diskutiert. Die Verwaltung hatte sich aufgrund der geführten Gespräche mit den Trägervereinen Buer und Neuenkirchen für eine Umsetzung zum 01.01.2024 ausgesprochen. In diesen Gesprächen wurde deutlich, dass ein Übergang der veränderten Strukturen letztlich nur mit der Unterstützung der jeweiligen Trägervereine möglich ist. Gerade die bereits bestehenden Netzwerke im jeweiligen Sozialraum müssen behutsam und

von beiden Seiten konstruktiv in die neue Konzeption integriert werden, welches letztlich nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich ist.

Daher hat die Verwaltung mit Rücksicht auf die vor Ort bereits bestehenden Strukturen, die zum Teil auch die Beschäftigung eigenen Personals bedingen, im Konsens mit den Trägervereinen einen Übergangszeitraum von 5 Jahren vorgeschlagen. Die entsprechenden Stellungnahmen der Trägervereine sind, wie im letzten Ausschuss besprochen, noch einmal den Fraktionen für die heutige Beratung zugeleitet worden. Auf dieser Basis ist heute letztendlich über das Konzept an sich und über den entsprechenden Umsetzungszeitraum zu entscheiden.

Herr Schulke erläutert den Änderungsänderung der CDU / FDP - Gruppe vom 20.11.2018 zu TOP 7. Er stellt voran, dass die CDU / FDP – Gruppe das vorliegende Konzept inhaltlich voll unterstütze. Die vorhandenen Strukturen sollen in keinsten Weise zerstört werden.

Anfeindungen diesbezüglich, wie sie in sozialen Netzwerken zu lesen waren, weist er dabei von sich. Aber er ist der Überzeugung, dass die Umsetzung schneller möglich sein sollte wie der vorgeschlagene 5 Jahreszeitraum. Daher wird vorgeschlagen, die Umsetzung des Konzeptes mit der Fertigstellung des noch neu zu bauenden Jugendzentrum "Altes Stahlwerk" zu koppeln. Er wünscht sich hier eine sachliche Diskussion zur Umsetzung des Konzeptes.

Herr Hunting geht auf die Einführung der offenen Jugendarbeit ein und berichtet, dass sich die dezentrale Jugendarbeit in den Ortsteilen in der heutigen Form etabliert habe. Dies sei insbesondere der Verdienst der Ehrenamtlichen. Die Fortführungen in dieser Form werde durch dieses Konzept weiter getragen. Dies hat der Ortsrat Buer in seiner Sitzung vom 05.11.2018 einstimmig befürwortet. Außerdem hat sich dieses Bild in einem Ortstermin im Jugendwagon am 30.10.2018 bestätigt. Vor Ort seien die 5 Jahre zur Umsetzung einfach nötig. Daher schlage er vor, den Änderungsantrag abzulehnen und der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Herr Boßmann stimmt dem Konzept ebenfalls inhaltlich zu und erinnert dabei an das Subsidiaritätsprinzip. Die Kommune solle erst eingreifen, wenn von anderer Stelle keine Hilfe zu erwarten sei. Den Fördervereinen sollte den Zeitraum von 5 Jahren gewährt werden, damit die geleistete Arbeit in Ruhe übergeben werden kann.

Frau Wendelin-Feind spricht einen Besuch im Blauen Wagon und das dabei geführte Gespräch an und drückt ihre Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit aus. Dennoch verstehe sie nicht, warum es nicht möglich sei, mit den kompetenten, ehrenamtlichen Mitarbeitern vor Ort das Konzept schneller umzusetzen.

Frau Buermeyer warnt davor, dass die geleistete Arbeit vor Ort nicht zerschlagen werden darf. Sie sieht erhebliche Probleme bei zu schneller Umsetzung des Konzeptes und lehnt eine Zustimmung zum Änderungsantrag ab.

Herr Tönsing ist verwundert darüber, dass wenn die Ziele klar seien, es so lange dauern soll, dieses Konzept umzusetzen. Mit einem entsprechenden Maßnahmeplan müsse es schneller möglich sein.

Frau Kattner-Tschorn erinnert daran, dass schon bei der Entwicklung dieses Konzeptes alle Beteiligten dem Zeitfenster von 5 Jahren zugestimmt hatten. Sie sieht die Diskussion, ob nun 3 oder 5 Jahre für die Umsetzung, als kleinlich an und signalisiert Ihre Zustimmung zum Verwaltungsentwurf.

Herr Schulke spricht die Mehrarbeitgebermodelle an. Auch diese ermöglichen weiterhin Projektarbeit der Ehrenamtlichen. Er unterstreicht nochmals, dass vor Ort vom Ehrenamt gute Arbeit geleistet werde und dennoch die Umsetzung des Konzeptes zu lange brauche. Es

bedarf auch einer Sicherheit für das dann anzustellende Personal. Er verwehrt sich erneut ausdrücklich dagegen, dass die vorhandenen Strukturen zerschlagen werden sollen.

Vorsitzender fasst die Diskussion zusammen und stellt den Änderungsantrag der CDU / FDP Gruppe vom 20.11.2018 zum TOP 7 zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 5 Ja – Stimmen und 6 Nein - Stimmen abgelehnt.

Frau Wendelin-Feind stellt den Antrag, die Beschlussfassung der Beschlussvorlage 2018/0300 zu teilen. Es soll ein Beschluss über das Konzept der Jugendarbeit in der Stadt Melle in der vorliegenden Form getroffen werden und ein weiterer Beschluss über die Beauftragung der Verwaltung, das Konzept in Zusammenarbeit mit den Trägervereinen / Fördervereinen der Jugendarbeit bis zum 01.01.2024 vorzubereiten.

Vorsitzender stellt diesen Antrag zur Abstimmung. Der Antrag mit 5 Ja Stimmen und 6 Nein Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der CDU / FDP Gruppe unterbricht Vorsitzender die Sitzung um 20.46 Uhr und führt die Sitzung um 20.54 Uhr fort.

Herr Dreier verweist nochmals auf die Gespräche mit den Trägervereinen. Eine Umsetzung des Konzepts soll mit dem vorhandenen Personal erfolgen.

Herr Schulke bittet darum im Protokoll aufzunehmen, dass die CDU / FDP Gruppe das vorliegende Konzept inhaltlich ausdrücklich billige.

Vorsitzender stellt die Beschlussvorlage 2018/0300 zur Abstimmung. Die Vorlage wird mit 6 Ja – Stimmen, 0 - Nein Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig empfohlen.

Das Konzept der Jugendarbeit in der Stadt Melle wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Konzeptes in Zusammenarbeit mit den Trägervereinen/Fördervereinen der Jugendarbeit bis zum 01.01.2024 vorzubereiten.

**TOP 8 Antrag des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. zur Förderung
der pädagogischen Arbeit am Jugendwagon Buer für die
Jahre 2020 - 2024
Vorlage: 2018/0191**

Herr Dreier stellt die Beschlussvorlage 2018/191 vor. In 2017 wurde bereits auf Antrag finanzielle Unterstützung der pädagogischen Arbeit des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. für den Zeitraum 2018 bis 2019 bewilligt. Es handelt sich somit um einen Folgeantrag.

Vorsitzender bittet um Klarstellung seitens der Verwaltung, ob mit diesem Antrag eine Sozialarbeiterstelle oder Stelle für einen pädagogischen Mitarbeiter gefördert werden soll. Der Beschlussvorschlag beziehe sich auf die Förderung pädagogischer Arbeit am Jugendwagon in Buer. In der Stellungnahme zur Sach- und Rechtslage werde im dritten Absatz allerdings von einer Sozialarbeiterstelle gesprochen.

Herr Dreier erklärt, dass im Beschlussvorschlag die gewählte Formulierung, also Förderung der pädagogischen Arbeit, die richtige sei.

Herr Hunting kann die Diskussion über die Formulierung Pädagogische Arbeit oder Sozialarbeiter nicht nachvollziehen.

Vorsitzender erklärt, dass mit dem Änderungsantrag zu TOP 7 ebenfalls ein Änderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt seitens der CDU / FDP – Gruppe gestellt worden sei. Er stellt diesen Änderungsantrag nun zur Abstimmung. Der Änderungsantrag der CDU / FDP – Gruppe zu TOP 8 wird mit 5 Ja Stimmen und 6 Nein Stimmen abgelehnt.

Vorsitzender stellt nun die Beschlussvorlage 2018/0191 zur Abstimmung. Die Vorlage wird mit 6 Ja 0 Nein und 5 Enthaltungen einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag

Der beantragten Förderung des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. für die pädagogische Arbeit am Jugendwaggon in Buer für die Jahre 2020 bis 2023 wird zugestimmt.

Diese Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Jugendpowermittel vom Landkreis Osnabrück und die städtischen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

TOP 9 Schüler in die Kommunalpolitik Vorlage: 2018/0310

Frau Werges stellt die Informationsvorlage vor.

Herr Boßmann befürwortet das Vorhaben und hofft auf breite Zustimmung bei den Ratsmitgliedern.

Herr Stakowski spricht den Lehrern insbesondere Ludwig Woll und Axel Rothkehl Dank für Ihren Einsatz in diesem Projekt im Jahr 2016 /2017 aus. Er habe die Fragen und Anregungen der damals beteiligten Schüler als sehr spannend empfunden und halte eine Wiederholung wichtig für die Nachwuchsarbeit in der Kommunalpolitik.

Frau Wendelin-Feind bittet alle Ratsmitglieder darum dieses Thema mit in die Fraktionen zu nehmen und dort um eine hohe Beteiligung der Ratsmitglieder zu werben.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

TOP 10 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen Vorlage: 2018/0316

Frau Feller stellt die Beschlußvorlage vor und geht dabei auf die wesentlichen Änderungen ein. Dabei wird z.B. den Veränderungen im Bereich der Kinderbetreuungskosten Rechnung getragen, die Geburtszuwendungen werden erhöht, die Beurkundungsgebühr der Geburtsurkunde wird auch für außerhalb von Melle geborenen Kinder übernommen, der Zuschuss zur Ferienbetreuung wurde verbessert, alle Veranstaltungen des Ferienpasses sind um 50 % ermäßigt. Außerdem wurde die Antragsfrist verlängert.

Vorsitzender lobt die produktive Arbeit der Arbeitsgruppe "Familienpass".

Herr Wüsthube bemerkt, dass Zahlungen auf dem Familienpass nicht auf SGB II – Leistungen angerechnet werden.

Vorsitzender stellt Beschlussvorlage 2018/0316 zur Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig mit 11 Ja – Stimmen angenommen.

Beschlussvorschlag

Den Änderungen der Richtlinien der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen wird zugestimmt.

TOP 11 Beratung des Haushaltsplanes 2019/2020

Herr Kugler berichtet ausführlich über die Planungen der einzelnen Produkte des Sozialamtes. Dabei handelt es sich vorwiegend um Transferleistungen, in 2017 betragen diese insgesamt 8.700.000,00 EUR. Lediglich das Produkt 311-09 Freiwillige Zuwendungen an Wohlfahrtsverbände mit einem Ansatz von 86.500,00 EUR wird aus dem städtischen Haushalt bedient.

Frau Werges stellt die Planungen für die Produkte Jugendarbeit 362-01 und Einrichtungen der Jugendarbeit 366-01 vor. Neu sind für den Ferienpass Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtlich Tätige vorgesehen ist. Außerdem ist für die Wahl des Jugendparlamentes in 2019 und für die im Februar 2019 anstehende Jugendkonferenz ebenfalls ein Betrag eingestellt. Für die neu zu erstellende Skateranlage ist für 2019 ein Betrag von 120.000,00 EUR veranschlagt.

Frau Feller gibt einen Überblick über die Mittelanmeldungen für den Bereich des Familienbüros. Dabei ist der Zuschuss zu Kita – Gebühren von 12 % auf 3 % gesenkt worden. Vom Landkreis Osnabrück werden zusätzlich für die Förderung von Projekten und Maßnahmen der Integrationsarbeit 37.496,00 EUR zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender findet, dass insgesamt die Zuschüsse an die Wohlfahrtspflege einer Kürzung unterliegen, da Inflation und Personalkostensteigerungen bei diesen Planungen keine Berücksichtigung finden. Er sieht in dem Doppelhaushalt einen Verlust von 5 bis 7 % und fragt nach Möglichkeiten der Berücksichtigung in den vorliegenden Haushaltsplanungen.

Herr Tönsing unterstützt die Überlegungen des Vorsitzenden.

Herr Hunting kann die Anmerkung ebenfalls nachvollziehen und würde sie für den Finanzausschuss mitnehmen.

Herr Dreier erklärt dazu, dass der vorliegende Verwaltungsentwurf seitens der Verwaltung nicht mehr geändert werde. Ggf. bedarf es dann entsprechender politischer Anträge, die Allerdings eine entsprechende Deckung vorschlagen sollten.

Herr Möller informiert dazu, dass das Haushaltsrecht verschiedene Möglichkeiten biete, um auch im laufenden Haushalt noch zusätzlich nötige Mittel bereitstellen zu können. Das Controlling sei hier ein gutes Instrument, um die Entwicklungen in den einzelnen Produkten und Projekten im "Auge" zu behalten.

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Vorsitzender stellt fest, dass keine Wünsche und Anregungen vorgetragen werden. Er dankt allen Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. 22.01.2019
Heiko Christan Grube

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

gez. 21.01.2019
Andreas Dreier

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez. 16.01.2019
Michael Hölscher

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)